

(Zunahme der Steuereingänge in einem Vierteljahr um eine Milliarde.) In dem über die Steuereingänge in den Monaten Jänner bis März dieses Jahres veröffentlichten Ausweis ist, wie das „Amtsblatt der Stadt Wien“ mitteilt, ein Zuwachs von 982,592,997 K. 27 S., also nahezu einer Milliarde, gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres zu verzeichnen. Während der nach Abzug aller Uebertragungen, Ersatzbeträgen und sonstigen Ausgaben verbleibende reine Empfang an direkten Staatssteuern samt Umlagen und Nebenabgaben in den Monaten Jänner bis März 1918 den Betrag von 229,293,450 K. 13 S. ergab, wurden nun in der gleichen Zeit 1,211,886,448 K. 13 S. eingezahlt. Das Mehrergebnis findet seine Erklärung in dem Zuwachs an neuen Steuern, und zwar der Kriegsgewinnsteuer, die in dem Vierteljahr 755,282,969 K. betrug, der Kriegszuschläge mit 122,063,785 K. und der Rentabilitätssteuer für Aktiengesellschaften mit einer mehr als zehnprozentigen Dividendenverteilung mit 58,889,440 K., zusammen also 980,744,594 K. Diese Steuern hat die Stadt Wien im übertragenen Wirkungskreise durch ihre Steueramtsabteilungen einzuhoben und an den Staat abzuliefern. Sie stammen fast ausschließlich von Personen und Unternehmungen, die in Wien ansässig sind, und daher erscheint die kürzlich von dem Gemeinderatspräsidium in einer Besprechung mit dem Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter erhobene Forderung, der Gemeinde Wien in Ansehung ihrer schlechten Finanzlage das Zuschlagsrecht für direkte Steuern zu gewähren, gewiß nicht unbegründet. Der Staatssekretär hat eine Ueberweisung aus den Erträgnissen der Verzehrungssteuer in Aussicht gestellt. Nach den angegebenen Ziffern würde aber eine Ueberweisung aus den Erträgnissen der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung des Millionen-Kronen-Defizits wesentlich beitragen.